

BOCHUMER:BÜNDNIS

für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Sparen ist keine Lösung!

Am heutigen Donnerstag beschließt der Rat wissentlich einen Haushalt, der nicht genehmigt wird. Die Bezirksregierung verlangt als Kommunalaufsicht, dass bis zum Jahr 2015 weit mehr als 150 Millionen Euro jährlich gestrichen und die verbleibenden Leistungen erheblich verteuert werden.

Die Stadt Bochum ist wie viele andere Großstädte pleite. Es fehlt das Geld für die notwendigsten Investitionen: Spielplätze und Sportstätten verrotten, Straßen werden zu Schlaglochpisten, bei der Instandhaltung von Schulen muss selbst der Brandschutz auf die lange Bank geschoben werden.

Freizeiteinrichtungen, deren Besuch sich auch Menschen mit geringem Einkommen leisten konnten, wie das Schwimmbad Nord oder der Eistreff wurden ersatzlos abgerissen, weil ihr Betrieb angeblich nicht mehr finanziert werden konnte. Für neue kulturelle Initiativen ist schon seit längerem kein Geld mehr da. Andererseits wird nach wie vor ernsthaft versucht, "Leuchtturmprojekte" wie ein Konzerthaus zu finanzieren oder die Jahrhunderthalle mit langfristig hohen Folgekosten vom Land zu übernehmen. In der Musikschule werden gleichzeitig Angebote reduziert. Eine Vielzahl von kulturellen und sozialen Leistungen sind gefährdet oder schon dem Rotstift zum Opfer gefallen. Gleichzeitig steigen Gebühren für viele Verwaltungsleistungen, VHS-Kurse, Kindertagesstätten oder die Büchereien. Das trifft vor allem jene Menschen hart, die ohnehin wenig haben.

Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit findet es falsch, wenn der Rat heute lediglich seine Handlungsunfähigkeit darstellt und damit das Ohnmachtsgefühl vieler Menschen gegenüber der Politik bestärkt. Das Bündnis will deutlich machen, dass die leeren Kassen der Kommunen das Ergebnis einer Politik ist, die sich auch wieder ändern lässt. Hierzu ist es notwendig, dass der nötige Druck auf die Regierenden im Bund und im Land ausgeübt wird. Denn: Die Ursache für die finanzielle Notlage der Städte ist eine so gewollte Steuerpolitik!

Warum verarmen Städte wie Bochum?

Die Abschaffung der Vermögenssteuer, die wiederholte Senkung der Einkommenssteuer, die Verminderung der Körperschaftssteuer und andere Eingriffe durch die Bundesregierungen der beiden letzten Jahrzehnte haben die Einnahmen der Städte drastisch einbrechen lassen. Erst Anfang dieses Jahres hat die schwarz-gelbe Bundesregierung mit Steuersenkungen im Zuge des so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes für neuerliche Einnahmeverluste der Städte gesorgt.

Der Wegzug von Nokia, die Krise bei Opel und vielen Zulieferfirmen sowie die schrumpfenden Gewinne anderer Unternehmen in Bochum lassen außerdem die Einnahmen aus der Gewerbesteuer drastisch sinken. Infolge der Krise sinken auch die Einnahmen aus der Einkommenssteuer. Zugleich aber steigen die Sozialausgaben der Kommunen, etwa für die Wohnkosten von Langzeitarbeitslosen. In einem der reichsten Länder der Erde müsste es in einer solchen Situation eigentlich selbstverständlich sein, das Steuer herum zu reißen, die öffentlichen Kassen nicht länger zu Gunsten von noch mehr Reichtum für die Reichsten zu plündern und unsere Gesellschaft zu einem Sozialstaat umzubauen, der diesen Namen verdient und der den Geboten des Grundgesetzes gerecht wird. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die schwarzgelbe Bundesregierung hat ein weiteres Sozialabbauprogramm beschlossen und denkt nicht daran, die dringend notwendigen Steuererhöhungen vorzunehmen und die Kommunen mit den notwendigen Einnahmen auszustatten.



**Achtung: Städte
und Gemeinden
in Not**

**Gerechte Steuerpolitik
geht anders!**

gerecht-
geht-
anders.de



Wird Bochum handlungsunfähig und unsozial?

Nachdem die Bezirksregierung den Haushalt der Stadt nicht genehmigt hat, sah sich die Verwaltung gezwungen eine Haushaltssperre zu verhängen. Alle Zuschüsse, bei denen es rechtlich möglich war, wurden um 10 Prozent gekürzt. Viele wichtige kleine soziale und kulturelle Einrichtungen werden damit kaputt "gespart". Dieser Zustand wird durch den heutigen Ratsbeschluss aufrecht erhalten. Etliche Einrichtungen werden die zehnpromtente Kürzung nicht länger durchhalten können. Für den Haushalt, der in diesem Herbst für das nächste Jahr verabschiedet werden soll, droht die Politik bereits jetzt noch drastischere finanzielle Kürzungen und Streichungen von Leistungen der Daseinsvorsorge an. Fast 500 Stellen in der Stadtverwaltung und damit Service und Beratung sollen in

Es gibt nur eine soziale Alternative: Mehr Einnahmen

Die Steuereinnahmen der Länder, die für die Kommunalfinanzen verantwortlich sind, müssen durch die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsbesteuerung von großen Vermögen und Betriebsvermögen gestärkt werden. Auch Vermögende und reiche Erben sollen wieder mehr zur Finanzierung unserer Städte beitragen. Zu einer gerechten Gemeindefinanzierung gehört der

den nächsten Jahren wegfallen. Ein Dutzend Schulen soll geschlossen werden. Die Angebote von Volkshochschule und Musikschule werden deutlich reduziert. Zweigstellen der Stadtbücherei sollen geschlossen, Öffnungszeiten der verbleibenden Büchereien eingeschränkt werden. Das Wasser in den Bädern wird weniger aufgewärmt und mittelfristig werden Bäder durch mangelnde Reparaturen stillgelegt. Die Liste der finanziellen Grausamkeiten ist lang. Das Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit will die Bochumer Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich dagegen zu wehren. Ansonsten steuern wir auf eine finanziell handlungsunfähige unsoziale Stadt zu, die elementare Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mehr erfüllt.

Beispiel I:

Großes Theater für kleines Geld

Freie Kultureinrichtungen, z.B. das Thealozzi, der Bahnhof Langendreer oder das Deutsche Forum für Figurentheater, bieten seit vielen Jahren Programme, die in den städtischen Einrichtungen nicht vorkommen. Ambitionierte Jazzreihen, Kabarett, Musik und Theater aus allen Ecken dieser Welt, Festivals wie Fidenä oder Odyssee- Kulturen der Welt.

Ohne diese unzähligen großen und kleinen Veranstaltungen, wäre die Stadt kulturell um vieles ärmer, besonders auch um die seltenen Dinge, das Experiment abseits des Mainstreams, das Neue und das Unerwartete – einfach das Salz in der Suppe.

Die Haushaltskrise der Stadt Bochum macht uns schwer zu schaffen. Mit keinem unserer Häuser gibt es ein wie auch immer geartetes Rechtsverhältnis, das uns Sicherheit gibt. Und in der aktuellen Situation der Haushaltssperre müssen wir, rapp zapp, auf 10 % unserer bisherigen Förderung verzichten, weil es ja kein schützendes Rechtsverhältnis gibt.

Für einige Häuser, die sowieso mit dem Rücken zur Wand und mit den Fußspitzen über dem Abgrund schweben, genügt ein Windhauch zum Sturz.

Rat und Verwaltung sollten schlau genug sein, diese Kultureinrichtungen wie rohe Eier zu hüten, denn einmal an die Wand gefahren, gibt es keinen Neuanfang in besseren Zeiten.

Erhalt der Gewerbesteuer und ihre Weiterentwicklung zu einer Gemeindefinanzierungssteuer, die auch gut verdienende Freiberufler und Selbstständige wie etwa Rechtsanwälte, Steuerberater, Ärzte und viele andere bezahlen sollen. Auch die Reichen sind Nutznießer der Stadt, ihrer Infrastruktur und ihrer Dienstleistungen.

Beispiel II:

Selbsthilfegruppen und soziale Initiativen

Die freiwilligen Zuschüsse der Stadt Bochum im Bereich Gesundheit und Soziales sind 2009 aufgrund des Nothaushaltes um 10 % gekürzt worden. Betroffen sind davon überwiegend Selbsthilfegruppen und aus Bürgerengagement entstandene soziale Initiativen, insgesamt über 70 Vereine, die etwa 1,5 Mio. Euro an städtischen Zuschüssen erhalten. In diesem Jahr soll die Kürzung um 10 % von Spenden abgedeckt werden. Ob das gelingt, ist zweifelhaft. Für 2011 sind noch härtere Einschnitte angekündigt.

In vielen der sozialen Einrichtungen sind die finanziellen Rücklagen aufgebraucht. Weitere Kürzungen haben unmittelbar Reduzierung des Angebotes, also weniger Beratungszeiten und Einschränkung der Aktivitäten, zu Folge. Längere Wartezeiten für Beratung, weniger Unterstützungsmöglichkeiten besonders für Hilfsbedürftige und Wegfall von Betreuungsangeboten werden viele Bochumer Bürger und Bürgerinnen zu spüren bekommen. Die Stadt Bochum muß ihren Haushalt um 170 Mio. Euro reduzieren. Die Einsparsumme für die 10 % Kürzungen der freiwilligen Zuschüsse betragen etwa 150.000 Euro. Angesichts der Zahlen halten wir es nicht für förderlich, ausgerechnet im Bereich der vielen kleinen freien Träger mit geringem Zuschuss-Bedarf zu kürzen. Besonders in Krisenzeiten wie jetzt ist es geboten, Selbsthilfe und Bürgerengagement zu stärken und nicht kaputt zu sparen.



BOCHUMER BÜNDNIS

für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Sprecherkreis:

Gudrun Müller, ver.di Bezirk Bochum-Herne, Universitätsstr. 76, 44789 Bochum
Rolf Geers, Kinder- & Jugendring Bochum e.V., Neustraße 7, 44787 Bochum
Brigitte Ponath, Der PARITÄTISCHE, Kreisgruppe Bochum, Kortumstr. 145, 44787 Bochum
Ulrike Kleinebrahm, IG Metall und DGB-Kreisvorstand Bochum, Alleestr. 80, 44793 Bochum
Rose Richter, Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW, Wittener Str. 242, 44803 Bochum